



20. Juni 2003

Newsletterausgabe Thüringen Liberal

Informationsblatt der FDP Thüringen

17. Juni – Gedenken im Landtag

von Patrick Kurth, Redaktion

Allerorts fanden dieser Tage Gedenkveranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag des 17. Juni 1953 Beachtung und Gedenken. In Jena hat der Journalist Frank Döbert unter Verwendung von Foto- und Filmmaterial eine Dokumentation produziert, die eine Zusammenfassung der Ereignisse um den 17. Juni in Jena zeigt. Der Film wurde letzte Woche fertiggestellt und am Donnerstag, den 12. Juni, beim Liberalen Stammtisch der FDP Jena erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt – mit dabei: FDP-Landeschef Dr. Karlheinz Gutmacher und Thüringens Innenminister Andreas Trautvetter. Letzterer kam auf dem Weg zu einer Veranstaltung den Markt entlang spaziert, als er den Liberalen Stammtisch samt technischen Equipments bemerkte und sich spontan hinzu setzte. Am Jahrestag selbst fand die zentrale Gedenkveranstaltung im Thüringer Landtag statt. Besonders die Jugend, liberal vertreten durch die JuLis, zeigte Interesse. JuLi-Landesvorständler Alexandra Leykauf, Marcel Hardrath und



Gerhard Jahns wohnten der Veranstaltung im Plenarsaal ebenso bei wie Landesvize Uwe Barth, Jenas Oberbürgermeister Dr. Peter Röhlinger und der stellv. FDP-Kreisvorsitzende in Eisenach, Thomas Scheunert. Der Referent des Bundestagsabgeordneten Dr. Karlheinz Gutmacher, Patrick Kurth, nahm auf der Tribüne Platz und fand sich in bester Gesellschaft. Auch der neue Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Hans Kaiser, erhielt keinen Plenarsitz, ebenso wie sein Vorgänger Jürgen Gnauck.

Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) verwies in ihrer Rede



darauf, dass angesichts des Aufstandes 1953 Einheit, Rechtsstaat und Freiheit nicht selbstverständlich sind. „Wir werden alle Opfer des 17. Juni auch in unser Gedenken hineinnehmen, wenn wir am Ende unserer Veranstaltung frei und wiedervereint das ‚Lied der Deutschen‘ singen.“, worauf einige Anwesende merklich erschrocken innerlich ihre Textsicherheit prüften. Ministerpräsident Althaus machte deutlich, dass trotz aller Dringlichkeit der politischen Tagesgeschäfte, die Geschichte nicht abgelegt werden dürfe, „um der Zukunft willen“. Zur Verdeutlichung nutzte er den Begriff der Demokratie, wie dieser schon in der griechischen Polis der Antike genutzt und verwirklicht wurde – anscheinend aber übersehend, dass weder Athen noch Korinth die Gleichheit der Menschen kannten und den antiken Griechen unbekannt war, was in der DDR-Volksdemokratie selbstverständlich war: Frauenwahlrecht. Der Hauptredner, der Publizist und Augenzeuge des 17. Juni Wilhelm Fricke, ging eindringlich auf die Gewalt der herrschenden SED und die immensen Nachwirkungen innerhalb des totalitären Systems der DDR ein.

„Solange die Meinung der Herrscher die herrschende Meinung war, solange durfte nicht über den 17. Juni als Volksaufstand gesprochen werden. Und noch heute werden die Opfer des 17. Juni geschändet, werden die Toten verspottet, wenn in Schriften, die im Jahre 13 der Einheit von sogenannten Geschichtswerkstätten in Berlin erscheinen, von Konterrevolution gesprochen wird. „Die Niederschlagung darf nicht verhöhnt werden.“ Die Verurteilungen der SED-Schandtaten fanden ihren

Höhepunkt in der Rede der DDR-Bürgerrechtlerin und Künstlerin Freya Klier. Sie geißelt die unmenschliche DDR-Propaganda, die Demonstranten als „fascistisch“ denunzierte und die sowjetischen Panzer zu Schützern der Freiheit erklärte. Dabei bezog sich Klier eindeutig auch auf die Unterdrückung der SED und ihres

geheimdienstlichen Terrorapparates, der Staatssicherheit, bis zur Wende 1989. Massiv verurteilt sie den DDR-Totalitarismus, massiv greift sie die DDR-Erziehung an. Spiegelbildlich reagierten die Abgeordneten der PDS-Fraktion, die zum Teil selbst Parteihochschulen durchlaufen und im Mielke-Wachbataillon gedient hatten. Dr. Michael Gerstenberger gräbt sein Gesicht in seine Hände und gibt am Ende der Rede keinen Beifall. Die Abgeordneten Werner Buse und Karin Kaschuba klatschen kurz. Fraktionschef Bodo Ramelow's Beifall hingegen ist deutlich sichtbar. Er sitzt in der ersten Reihe und kommt deshalb seiner repräsentativen Pflicht nach.

Am Ende der Veranstaltung ertönt die Nationalhymne, die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und stimmen in „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ ein. Auch die PDS-Fraktion hat sich erhoben und auch die JuLi-Delegation zeigt sich nach eigenen Angaben textsicher.

„Immer ging es um Freiheit und nationale Selbstbestimmung. Beides wollten sich die Bürgerinnen und Bürger nicht nehmen lassen. Sie waren eben nicht

bereit, sich die eine Freiheit um das Linsengericht diverser kleiner Freiheiten abkaufen zu lassen, die die Obrigkeit gewähren und genauso gut wieder entziehen kann“, hatte Landtagspräsidentin Lieberknecht angemerkt. Diese Weisheit über den Tag hinaus zu wahren und in die tägliche Arbeit aufzunehmen, bleibt Aufgabe für die Politik.

Diese Zeitung erhalten Sie über Newsletteranmeldung unter www.fdp-thueringen.de

FDP in Thüringen

Gemeinsame Sitzung – Ein Ziel

Landesvorstand und Kreisvorstand tagten im Saale-Holzland-Kreis

(pak) „Wir haben große Aufgaben für die Zukunft. Gute Vorbereitung und Zusammenhalt sind die wichtigsten Voraussetzungen für einen Erfolg im nächsten Jahr.“ Dies gab der Kreisvorsitzende des Saale-Holzland-Kreises, Dietmar Möller, der FDP-Landesspitze mit auf dem Weg. Zuvor hatten Landesvorstand und Kreisvorstand eine gemeinsame Sitzung am 16. Juni in Stadtroda abgehalten. Möller stellte die Wahlkampf vorbereitungen für 2004 vor. Bereits jetzt hätte der Vor-



Nicht ohne obligatorisches Gruppenfoto endete die Sitzung.

stand den Kreis in bestimmte Gebiete eingeteilt, denen jeweils Vorstandsmitglieder zugeteilt worden seien. Damit könnten die Regionen besser betreut werden. Darüber hinaus haben die Liberalen vorbereitend eine Strategie entworfen, mit der sie die Listenplätze offen für jeden Bürger gestalten. Jeder Listenplatz soll auch besetzt werden. Für die Zukunft hoffte der Kreisvorstand auf sachliche Arbeit im Landesverband. Stimmen einzelner dürften die Basisarbeit nicht stören.

Jena-Liberal jetzt Online

von Heiko König, Jena

Das Mitgliedermagazin der FDP Jena, die "JENA liberal", ist jetzt online verfügbar. Unter der Adresse <http://www.jena-liberal.de> können die Inhalte bequem am PC angeschaut werden. Die zweite Ausgabe 2003 ist soeben erschienen. Ein Blick lohnt sich bestimmt. Für die Kreismitglieder wird die Zeitschrift auch weiterhin auf dem Postweg zugesendet. Das Lesen einer Zeitschrift ist doch trotz aller Technik ein Erlebnis. Auch enthält die Printausgabe etwas mehr Inhalt als die Online-Version. Viel Freude beim Lesen wünscht die Redaktion. Über Kritiken, Anregungen, Beiträge, etc. freuen sie sich natürlich immer. Für die anderen Kreisverbände könnte das Magazin und seine Online-Darstellung als Muster oder Vorlage für eigene Projekte dienen. Die Kommunikation innerhalb des



Kreisverbands, gerade wenn unterschiedliche Meinungen vorhanden sind, kann somit auf ein fachliches Maß zurückgeschraubt werden. Schließlich überlegt man sich beim geschriebenen Wort doch genauer, was und in welcher Weise dem Verband und auch der Öffentlichkeit mitgeteilt werden soll. Und der Austausch sowie die Verbreitung politischer Inhalte dürfte auch liberalen Sympathisanten freuen. Letztendlich ist die Öffentlichkeitswirkung einer solchen Zeitschrift nicht zu unterschätzen.

Impressum

Thüringen Liberal
Hrsg.: Pressestelle der
FDP Thüringen
Redaktion: Patrick
Kurth
Verantw.: Volker Weber
Redaktionsanschrift
FDP Thüringen
Magdeburger Allee 91
99086 Erfurt
pressestelle-
thueringen@fdp.de

FDP auf achtem Platz

von Johannes Elstner, Jena

Das ist ein Leben. Sand, Sonne, kühles Nass und jede Menge Spaß. Wer kommt schon auf die Idee, dass das Präsentationsarbeit für die FDP ist? Ja, ganz richtig, denn am Wochenende spielte die FDP Jena getarnt als LIBERALES TEAM beim Universitätssportfest Beachvolleyball. Wir gaben alles und wurden am Ende achter von immerhin elf Männerteams. Das ist gar nicht mal so schlecht, wenn man bedenkt, dass der eine oder andere mit acht Prozent bei der



nächsten Landtagswahl zufrieden wäre. Das LIBERALES TEAM der FDP Jena hat also mit seiner Platzierung eine eindeutige Aussage zum Ergebnis der Landtagswahl getroffen. In diesem Sinne wünsche ich allen Sportbegeisterten Parteifreunden ein gutes Gelingen. Übrigens: Geschlossenheit hat uns vorangebracht.

Welche Themen bewegen die Liberalen in Thüringen? Die Redaktion freut sich auf Ihre Mitarbeit. Beiträge einfach zuschicken an: pressestelle-thueringen@fdp.de

„Verblendeten Heißspornen die Giftzähne ziehen“

Presseschau zum Arbeitskampf bei den Ost-Metallern, zusammengestellt von Adrian Weber

Der Streit um die 35-Stunden-Woche eskaliert: BMW prüft sein Engagement in den Neuen Bundesländern, ein US-Automobilzulieferer hat wegen der Streiks seine Investitionen in Sachsen gestoppt und in Dresden mussten bereits Betriebsangehörige von Federal Mogul per Hubschrauber zum Werk gebracht werden, weil Gewerkschaftsfunktionäre aus den alten Bundesländern die Tore blockierten. Zur Bewertung dieser Ereignisse präsentiert *Thüringen liberal* eine Presseschau:

Die Welt:

„Die geschickte Strategie der IG Metall, Zulieferbetriebe im Osten lahm zu legen, zielt auf die westdeutschen Mutterbetriebe. Denn die sind nach aller Erfahrung eher bereit, solchen Lohnforderungen nachzugeben, als die um ihre Existenz ringende Ostindustrie. Das Ganze ist also ein zynisches Spiel über Bande, unter dem am Ende genau jene Branchen leiden werden, von deren Wachstum die Wirtschaftskraft der neuen Länder dramatisch abhängt. Dieser Arbeitskampf erzwingt nicht Gerechtigkeit, er gefährdet einmal mehr den Aufbau Ost.“

Leipziger Volkszeitung:

„Mit der unverblühten Drohung macht BMW sehr deutlich, dass es nicht nur um ein paar Stunden, sondern dass es um mehr, um vieles, wenn nicht sogar um alles geht. Denn es klingt nebenbei, aber deutlich von oben auf die da im Osten herab: Wenn ihr euch so etwas wie einen Streik und diese 35-Stunden-Woche erlaubt, müssen wir mal nachdenken, ob wir nicht zu großzügig mit euch waren. Genau dieses 'Wir sitzen am längeren Hebel' aber, das macht niedrig und das macht wütend.“

Heilbronner Stimme:

„Es gibt doch noch Mutige, die sich dem Amoklauf der IG Metall in den Weg stellen. Davon bräuchte es mehr: Firmenmanager, die sich von streikenden Minderheiten nicht erpressen lassen und wie BMW mit Abwanderung aus Ostdeutschland drohen. Pragmatische Gewerkschafter, die sich dem zerstörerischen Kurs einiger weniger Funktionäre widersetzen. Und eine Regierung, die das Erpressungspotenzial der Gewerkschaften bricht, indem die Tarifbindung aufgehoben wird. Es wird Zeit, dass der kleinen Gruppe ideologisch verblendeter Heißsporne die Giftzähne gezogen werden.“

Märkische Oderzeitung:

„Der unsinnige Streik in der wirtschaftlich angespannten Situation hat alle Qualitäten, die Arbeitnehmer Ost gegen West auszuspielen. Selbstverständlich ist es nicht verkehrt, wenn Gewerkschaftsfunktionäre daran erinnern, dass 13 Jahre nach der Einheit im Osten endlich gleich lange gearbeitet werden soll wie im Westen. Doch ist leider die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern so katastrophal, dass gleiche Arbeitszeit und gleiche Löhne gleichbedeutend mit weiterer Rationalisierung und damit Arbeitsplatzabbau sein kann. Insofern ist es schon ein wenig zynisch, wenn VW-Arbeiter aus Wolfsburg mit Solidaritätsappellen dazu verführt werden, ihren Kollegen im Osten bei den Streiks zu helfen.“

Lausitzer Rundschau:

„Der BMW-Konzern fährt schweres Geschütz gen Osten auf. Allerdings geht es dem Münchner Autobauer dabei nicht wirk-

lich um das neue Werk in Leipzig. Die Münchner sind sauer, dass der Streik im Osten sie zum Stopp der Produktion im Westen zwingt. Nur, darauf könnten sie auch anders reagieren. Zum Beispiel, indem sie ihre Kontakte in das Arbeitgeberlager nutzen und dafür sorgen, dass die Verbands-Obersten an den Verhandlungstisch zurückkehren. Damit wäre allen Beteiligten weit mehr geholfen als mit einer Drohkulisse, deren Wirkung längst verpufft.“

Financial Times Deutschland:

„Der eskalierende Arbeitskampf in der ostdeutschen Metallindustrie wird Folgen haben, die weit über die unmittelbar Beteiligten hinausreichen. In der Rückschau könnte er in einigen Jahren einmal als eine Wegscheide bewertet werden: als ein Konflikt, der die Entwicklung des Flächentarifvertrags nachhaltig verändert hat. Am Ende könnte es zu einer Massenflicht der Unternehmen aus dem Flächentarif kommen, der im Osten ohnehin längst nicht mehr flächendeckend gilt. Die IG Metall hätte damit in Ostdeutschland einen Pyrrhussieg errungen: Die Re-Industrialisierung gefährdet, den Flächentarifvertrag ruiniert - und sich bei alledem noch weiter von der eigenen Basis entfremdet.“

Bild:

Manchmal müssen Streiks sein – keine Frage. Und wahr ist auch: Die Arbeitgeber hatten versprochen, 2003 über kürzere Arbeitszeiten im Osten zu verhandeln. Doch inzwischen steckt Deutschland in der Krise und hat größte Mühe, das winzige Pflänzchen „Aufschwung“ hochzuziehen. Vor allem im Osten. Bestreikte Betriebe können nicht mehr liefern und verlieren ihre Kundschaft. Viele Metaller, die jetzt streiken und blockieren, laufen Gefahr, die radikalste Arbeitszeitverkürzung überhaupt zu erleben: Auf null – weil ihre Betriebe pleite sind.

Süddeutsche Zeitung:

„Ein Gutes hat die Diskussion um den Flächentarif allerdings auch. Sie treibt die oft allzu selbstzufriedenen Gewerkschaften an, Differenzierung, Flexibilisierung, Öffnung der Tarife auszuweiten. Denn sonst denken sie immer nur an das Geld der Arbeitsplatzbesitzer – und zu wenig an die Arbeitslosen, für die das Entstehen oder Sichern von Jobs wichtiger ist als die Höhe des Einkommens.“

Mitteldeutsche Zeitung:

„Aber ist die 35-Stunden-Woche, für die so mancher Haustarif schon abgeschlossen ist, nicht längst an den Rand des Geschehens gerückt? Der Arbeitskampf wird bei Arbeitgebern bereits als historische Chance begriffen, der IG Metall ihre Grenzen aufzuzeigen. Und manche Politiker mischen eifrig mit. Ein Weg aus dem Dilemma ist damit nicht in Sicht.“

Berliner Morgenpost:

„Dieser Arbeitskampf erzwingt nicht Gerechtigkeit. Er schafft nicht gleiche Lebensverhältnisse. Er gefährdet einmal mehr den Aufbau Ost, der seit Jahren schon ins Stocken geraten ist. Hinter den Drohungen von BMW steckt nicht nur Eigennutz. Es ist die deutliche Warnung an die Gewerkschaftsfunktionäre vor allem in den neuen Ländern, dass dieser Schuss nach hinten losgehen wird; dass es unverantwortlich ist, was sie dort treiben. Man schlachtet die Kühe, die man noch melken will.“